

Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhoff 3686—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] • Nr 453

MITTWOCH, 21. SEPTEMBER 1932

MORGEN-AUSGABE

Deutschland soll mitarbeiten

Weltbemühungen um Rettung der Abrüstungs-Konferenz

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WASHINGTON, 20. SEPTEMBER

Präsident Hoover erklärte heute:

„Was Pressemeldungen aus Paris über die deutsche Gleichberechtigungsfrage anlangt, so ist die Haltung der amerikanischen Regierung klar. Die einzige Frage, für die unser Land Interesse hat, ist eine schrittweise Einschränkung der Rüstungen in der ganzen Welt.“

Wir gehören nicht zu den Unterzeichnermächten des Versailler Vertrages und daher auch nicht zu den Partnern der Bestimmungen über die deutsche Rüstungsbeschränkung. Dies ist einzig und allein eine europäische Frage. Die Vereinigten Staaten haben immer erklärt, daß sie in eine Diskussion darüber nicht eingreifen.

Es liegt uns daran, daß Deutschland sich weiterhin an der Abrüstungskonferenz beteiligt, die heute für die ganze Welt so erfolgversprechend ist, und seine Mitwirkung zur Erreichung dieses großen Ziels zur Verfügung stellt.

Hoovers Erklärung wird hier allgemein als Verweis gegen jene französische Propaganda ausgelegt, die behauptet hatte, in Ausführungen des amerikanischen Botschafters Edge Beweise dafür erblicken zu können, daß Amerika Frankreichs Sicherheit oder gar Unantastbarkeit des Versailler Vertrages garantieren wolle. Diese Schlussfolgerungen, die die französische Öffentlichkeit hauptsächlich aus den Aussprachen des Senators Reed und des Botschafters Edge mit französischen Staatsmännern gezogen hat, haben im Weißen Haus offensichtlich verstimmt.

„Anpassung des Hooverplans“

PARIS, 20. SEPTEMBER

„Journal des Débats“ schrieb über das Frühstück, das Herriot für Senator Reed und Botschafter Edge gab, die Staatsmänner

hätten sich hauptsächlich mit dem deutschen Schritt, der französischen Antwort und der britischen Erklärung zur Gleichberechtigungsfrage beschäftigt. Weit mehr als der juristische erregte der „konstruktive“ Teil der Londoner Denkschrift in hohem Maße die Aufmerksamkeit der Washingtoner Regierung. Amerika beabsichtige, laut Informationen des Blattes, die Hoover-Vorschläge in ein Abkommen nach Art des Londoner Planes einzubauen. Aus diesem Grunde seien Veränderungen am Abrüstungsplan des amerikanischen Präsidenten nicht ausgeschlossen. Im Verlauf des Gesprächs hätten sie auseinandergesetzt, in welchen Punkten sich der Hoover-Plan nach amerikanischer Auffassung abändern lasse, um ihn den französischen und den englischen Gesichtspunkten anzupassen. Um die Verhandlungen nicht zu stören, werde man im Rahmen der Genfer Arbeiten vermutlich zunächst eine gewisse Zurückhaltung üben. Das Büro werde sich damit begnügen, den Zeitpunkt des Zusammentritts des Hauptausschusses festzusetzen und das Programm zu entwerfen.

Italienisch-englische Vermittlung?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ROM, 20. SEPTEMBER

In hiesigen politischen Kreisen hat man den Eindruck, als ob die englischen und italienischen Diplomaten gemeinsam mit Hochdruck daran arbeiten, einen Ausweg zu finden, um Deutschland an den Genfer Beratungen zurückzuführen. Man spricht davon, daß dies eventuell durch einen gemeinsamen italienisch-englischen Schritt in Berlin geschehen sollte, dessen moralische Tragweite allein als Druckmittel ausreichen könnte. Worauf es ankommt, schreibt heute auch der stets gut informierte diplomatische Mitarbeiter der „Stampa“, ist die Zustimmung Deutschlands zu einer Konvention zu erhalten, die alle Rüstungen auf ein Minimum herabdrücken würde. Man darf jedenfalls mit Sicherheit annehmen, daß Italien kein Mittel unversucht lassen wird, die geschaffene Lage irgendwie zu redressieren.

Landtag unter Druck

Papen verlangt die Zurücknahme des Beamten-Beschlusses

Vor der Plenarsitzung des Preussischen Landtags, der heute wieder zusammentritt, wird sich, wie üblich, der Ältestenrat versammeln. Er wird sich aber weniger mit dem Arbeitsplan zu beschäftigen, sondern Mittel und Wege zu suchen haben, um den in der letzten Landtagsitzung gefassten Beschluß wieder aus der Welt zu schaffen, der Gegenstand der Aussprache des Landtagspräsidenten mit dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler gewesen ist und jetzt zu einem ernstlichen Konflikt zu führen droht.

Nach diesem Beschluß sollten die preussischen Beamten nicht verpflichtet sein, den Anordnungen der kommissarischen Regierung Folge zu leisten. Durch ein parlamentarisches Büro läßt eine „sonst gut unterrichtete Stelle“, hinter der man wohl den Reichskommissar oder seinen Stellvertreter vermuten kann, darauf hinweisen, daß „der jüngste Konflikt, der zwischen dem Landtag und der kommissarischen Staatsregierung entstanden ist, zu Konsequenzen führen könnte, deren volle Tragweite sich im Augenblick höchstens andeuten lasse.“ Es wird hervorgehoben, daß die Tatsache, daß eine Landtagsmehrheit jenen Beschluß fassen konnte, der schärfste Schlag sei, der der Staatsautorität je von einem Parlament zugefügt wurde.

Die kommissarische Regierung halte an ihrem Standpunkt fest, daß sie an Beschlüsse dieses Landtages nicht gebunden sei, weil sie ihr Mandat vom Reichspräsidenten herleite: „Es lasse sich aber nicht verhehlen, daß durch derartige Landtagsbeschlüsse bereits Unsicherheit und Unruhe in die Bevölkerung gebracht werde. Wenn der Landtag aber auch noch in die ausführenden Organe des Staates, in die Behörden mit Beschlüssen einbringe, die den notwendigen reibungslosen Verlauf der Staatsverwaltung gefährdeten,

dann habe er gradezu jede Daseinsberechtigung verwirkt. Der Reichskommissar fasse den Beschluß des Landtags gegen die Gehorsamspflicht der Staatsbeamten und Angestellten ganz außergewöhnlich ernst auf.“

Diese Verlautbarung läßt darauf schließen, daß die kommissarische preussische Regierung entschlossen ist, den Landtag einem sehr starken Druck auszuüben, um ihn zur Zurücknahme seines Beschlusses zu veranlassen. Es ist darum verständlich, daß in der Öffentlichkeit von der Möglichkeit einer Landtagsauflösung durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten gesprochen worden ist. Nach der Preussischen Verfassung kann eine Landtagsauflösung nur von dem Landtag selbst oder von dem Dreimänner-Kollegium, bestehend aus dem Landtagspräsidenten, dem Präsidenten des Staatsrats und dem Ministerpräsidenten beschlossen werden. Eine Handhabe für eine Auflösung durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten ist nicht gegeben. In unterrichteten Kreisen wird es daher eher für möglich gehalten, daß der Landtag nach einer kurzen Tagung auseinandergehen und nicht sobald wieder zusammentreten wird.

Ganz unabhängig von diesen weiteren Möglichkeiten wird der Ältestenrat heute zunächst einmal versuchen, dem Wunsche der kommissarischen preussischen Regierung Rechnung zu tragen. Die Äußerungen des Landtagspräsidenten bei dem Empfang durch den Reichspräsidenten scheinen bei der Regierung den Eindruck erweckt zu haben, daß Neigung zu einer Zurücknahme des beanstandeten Landtagsbeschlusses besteht. Diese Zurücknahme könnte nur durch einen neuen Beschluß des Landtags erfolgen. Der alte Beschluß ist mit einer Mehrheit aus Nationalsozialisten und Kommunisten gefaßt worden. Die Nationalsozialisten also zum mindesten müßten sich zu einer Aenderung ihrer ursprünglichen Stellungnahme bereitfinden. Es ist noch nicht zu übersehen, auf welche Weise der neue Beschluß zustande kommen soll.

Geist in der Krise

Von

DR. KARL SCHMEÏNG

Es hat sich für Athen gelohnt, ein freiheitlicher Staat zu sein.

Die Krise, Regent aller Regierungen, hat die öffentliche Diskussion fast ganz auf die wirtschaftlichen und politischen Felder abgezogen. Auf diesen Gebieten ist sogar eine gewisse geistige Inflation entstanden, die sich in zahllosen Konferenzen, Debatten, Programmen und Presseartikeln äußert. Hier liegt sicherlich eine große Leistung vor, auch wenn ihr bisher noch kein entscheidender Erfolg beschieden war. Es ist, als Ganzes gesehen, ein grandioses Ringen, ein Kampf des Geistes gegen den technisch-wirtschaftlichen Dämon, der aus seiner dienenden Stellung ausgebrochen ist und nun

May Slevogt †

Gestern nachmittag um halb 3 Uhr ist Professor May Slevogt, der große deutsche Maler, auf seinem Landgut Neucastel bei Landau in der Pfalz im 64. Lebensjahr gestorben. Ein Herzleiden, das ihn seit langen Jahren quälte, das jedoch vor seiner rastlosen Arbeitsfreude immer wieder zurückzuweichen schien, hatte ihn vor einigen Tagen niedergeworfen, sogleich mit schweren Anfällen und unter bedrohlichen Anzeichen; eine Lungenembolie führte gestern das Ende herbei. Slevogt starb, umgeben von seiner Familie, seiner Gattin und seinen beiden Kindern, und betreut von seinem langjährigen Arzt und Freund Professor Plesch, der aus Berlin ans Krankenlager geeilt war.

(Eine Würdigung von May Slevogts Persönlichkeit findet der Leser auf der dritten Seite dieses Blattes.)

gegen seinen Herrn und Schöpfer Amok läuft. Unsere geistige Kultur hat versäumt, sich die Technik und Wirtschaft zu assimilieren; sie muß es nachholen. Außerhalb des Feldes von Politik und Wirtschaft stehen geistige Werte heute nur schwach im Kurse. Wo so viele darben, wird ein Wort von Arno Holz millionenfach zur Wahrheit:

Dem Hunger dünkt ein Stückchen Butter
Erhabener als der ganze Faust.

Wenn es sich um die primäre Notwendigkeit der einfachen Existenz handelt, werden geistige Epizentriebe mit gewisser biologischer Notwendigkeit zurückgebildet. Not ist sehr selten produktiv, einfach weil die Kräfte und Kraftreserven fehlen. Es ist ein großer Irrtum, daß ein gutes Licht auch durch den Scheffel brennt. Fast regelmäßig erstickt der Scheffel das Licht und zerstört der Druck eines feindlichen Willens die geistige Leistungsfähigkeit. Das bedeutet, daß in Notzeiten die Auslese des Geistigen zurückgeht. Die Plätze am Tische des Lebens werden seltener; Staat und Gesellschaft ziehen ihre schützende Hand von der aufstrebenden geistigen Jugend; die von der Not erzwungene Rationalisierung des Schulwesens und der Wissenschaft trifft mehr die Qualität als die Quantität. Das alles sind negative, rückläufige Prozesse innerhalb der geistigen Volkswirtschaft.

Gefährdet ist auch die geistige Haltung des Volkes, seine innere Autonomie. Weite Kreise flüchten in Mystik und Radikalismus. Aber ein Korn ist bewundernswert stabil. Große Volksmassen, die das Schicksal der Krise schwer tragen, wahren sich doch die besonnene reale Ueberlegung, daß ein ruhiges Ablaufen der schweren Zeit auf die Dauer besser ist als Schläge mit der Axt in das eigene Mobiliar. Sie machen nicht viel Aufhebens davon, aber sie müssen auch das Gefühl behalten, daß ihre wahrhaft nationale Haltung nicht durch den Eigennuß Einzelner ausgenutzt wird. Kavallerieattaden gegen das soziale Gerechtigkeitsgefühl des Volkes können sich für die Angreifenden bitter rächen.

Zweifellos besteht ein starkes ethisches Fundament im deutschen Volke, aber Not und politische Verletzung nagen daran. Man vergleicht die Gegenwart oft mit der Zeit der Befreiungskriege. Aber es besteht, neben manchen Parallelen, ein entscheidender Unterschied. Es ist kein äußerer Feind aus dem Lande zu verdrängen, sondern der aktive Kampf tobt zwischen den eigenen Volksgenossen. Die Achtung vor dem Gegner, die selbst im Kriege noch blieb, geht verloren; Gerechtigkeit und Sachlichkeit rangieren vielfach hinter dem politischen Ziel; soziales Gemeinschaftsgefühl, deutsches Ge-